

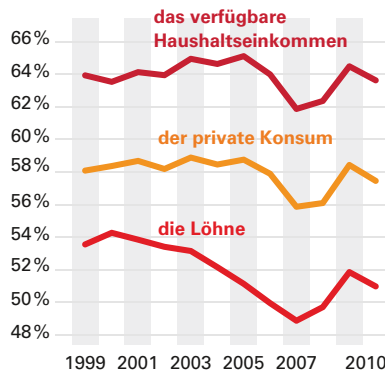
teilung von Frauen und der sehr große Lohnabstand zu den Männern hinzu: Die starke Ausbreitung von Minijobs gerade bei verheirateten Frauen bedeutet auch, dass diese vor allem über ihren Ehemann sozial abgesichert sind. Zugleich macht das Steuersystem es für sie finanziell unattraktiv, mehr zu arbeiten. In dieser Konstellation wäre ein Jobverlust des Mannes umso dramatischer – was die Deutschen in Reaktion auf die steigende Ungleichheit und die Deregulierung des Arbeitsmarkts noch mehr sparen ließ.

All diese Faktoren ließen die Binnen- nachfrage nicht mehr wachsen, macht die Analyse der Wissenschaftler deutlich. Seit der Jahrtausendwende speiste sich das deutsche Wirtschaftswachstum allein aus dem Export. Starker Export, schwache Inlandsnachfrage und hohe Sparquote verursachten einen dauerhaft hohen Leistungsbilanzüberschuss. Deutschland lebte damit auch von der Überschussnachfrage der europäischen Nachbarn. Diese speiste sich wiederum aus Kreditblasen, die im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise platzten.

In Deutschland sollten Reformen deshalb darauf abzielen, die Einkommensungleichheit wieder zu reduzieren, empfehlen van Treeck und Sturn. Wichtig seien Lohnabschlüsse, die den Verteilungsspielraum ausnutzen, wie in jüngster Zeit

### Weniger Geld für Konsum

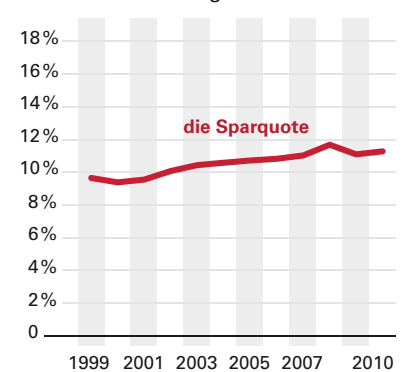
In Prozent des BIP betragen in Deutschland...



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnung Sturn, van Treeck 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

### Angst treibt die Sparquote

In Prozent des verfügbaren Einkommens betrug in Deutschland...



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnung Sturn, van Treeck 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

geschehen. Die Politik könne dies unterstützen, indem sie die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifabschlüssen erleichtert, die Arbeitsmarktreflexionen um einen gesetzlichen Mindestlohn ergänzt und die Leiharbeit eindämmt. Damit ließen sich die schwache Konsumnachfrage und die starke Abhängigkeit der Wirtschaft vom Export überwinden – zum Wohle ganz Europas. ◀

\* Quelle: Till van Treeck, Simon Sturn: Income inequality as a cause of the Great Recession? A survey of current debates, International Labour Office, Genf, 16. August 2012

Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

## Eurokrise

# Sparen wie in Griechenland trafe Deutschland hart

Gut 11,5 Milliarden Euro schwer ist das neue Sparprogramm der griechischen Regierung. Nur wenn die Troika aus EU, EZB und Internationalem Währungsfonds damit zufrieden ist, kann Griechenland mit weiteren Finanzhilfen rechnen. Doch droht das immer drastischere Sparen die Konjunktur weiter abzuwürgen, warnt das IMK. Das griechische Haushaltsdefizit lasse sich aber nur dann nachhaltig reduzieren, wenn die griechische Wirtschaft wieder wächst.

Wie massiv sich die Sparanstrengungen auswirken würden, verdeutlichen die Berechnungen von IMK-Forscher Fabian Lindner. Er hat die Kürzungsvorhaben der

griechischen Regierung näherungsweise auf Deutschland übertragen:

Um fast 147 Milliarden Euro müssten Staat und Sozialkassen ihre Ausgaben in den nächsten zwei Jahren zurückschrauben. Die Personalausgaben würden um ein Viertel zusammengestrichen. Im Gesundheitswesen müssten gut 25 Milliarden Euro gespart werden, für Bildung gäbe es über 6 Milliarden Euro weniger.

Auch die deutschen Rentner trafe es hart: Hier bedeuteten die Sparpläne eine Reduzierung der Ausgaben um knapp 33 Milliarden Euro – fast 16 Prozent. Im Durchschnitt müsste jeder Rentner monatlich mit 188 Euro weniger auskommen.

### Kürzen auf Griechisch

Wenn die griechische Sparpolitik proportional in Deutschland umgesetzt würde, gäbe es...

Kürzungen bei...	um ...	um ...
Personalausgaben von Bund, Ländern und Kommunen	56,9 Mrd. €	-24,8%
Renten	32,9 Mrd. €	-15,6%
gesamten Gesundheitsausgaben	25,3 Mrd. €	-10,2%
Gesamtausgaben der Gemeinden	12,6 Mrd. €	-6,5%
gesamten öffentlichen Bildungsausgaben	6,3 Mrd. €	-5,3%
Verteidigungsausgaben	12,6 Mrd. €	-40,1%

Quelle: IMK 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Nach Analyse des IMK würde das Wachstum Griechenlands weniger stark geschädigt, wenn die Hellenen die Sparanforderungen

zeitlich strecken könnten. Damit ließe sich auch das Haushaltsdefizit nachhaltiger reduzieren.

Quelle: IMK, August 2012

Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Weniger Unterschiede bei den Einkommen – stabilere Wirtschaft

Das starke Auseinanderdriften von großen und kleinen Einkommen in den USA gilt als eine der Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Auch in Deutschland hat die zunehmende Einkommensungleichheit die Krise mit verursacht.

In einem Punkt sind sich alle einig: Deutschland war in den vergangenen zehn Jahren zu einseitig auf seine Exporterfolge fokussiert, stellen Internationaler Währungsfonds, OECD, EU-Kommission und Internationale Arbeitsorganisation (ILO) unisono in aktuellen Analysen fest. Die Krise im Euro-Raum zeige die Negativwirkungen dieser Strategie auf – und

Zwischen 2001 und 2007 sank die Lohnquote gemessen am Bruttoinlandsprodukt um mehr als fünf Prozentpunkte. In den Jahren 1999 bis 2009 wuchs das verfügbare Einkommen des reichsten Zehntels um 16,6 Prozent, das des ärmsten Zehntels schrumpfte um 9,6 Prozent. Dabei war Deutschland laut Daten der Bundesbank bereits zum Start

der Währungsunion 1999 in hohem Maße wettbewerbsfähig, so die Forscher. Aufgrund der im europäischen Vergleich weit unterdurchschnittlichen Lohnentwicklung konnte die deutsche Wirtschaft diesen Vorteil immer weiter ausbauen. Hingegen dämpften die schwache Reallohnentwicklung und die zunehmende Einkommensungleichheit die Binnennachfrage.

Als wesentlichen Faktor identifizieren van Treeck und Sturn dabei die Hartz-Reformen, die den Arbeitsmarkt flexibler machen sollten. Sie haben hierzulande das Wachstum des Niedriglohnssektors weiter angetrieben. Bis in die Mittelschicht breiteten sich ein Gefühl der Unsicherheit und die Angst vor Jobverlust aus. Auch in den USA nahm die Einkommensungleichheit zu.

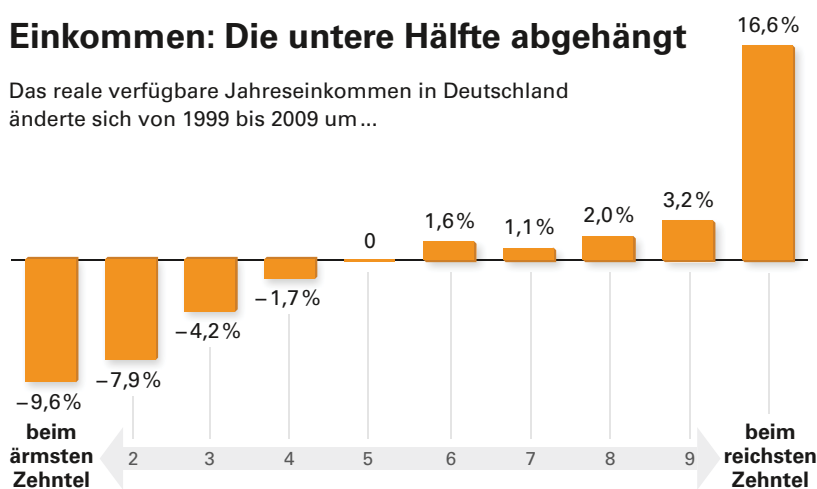
Dort häuften viele Bürger immer höhere Schulden an – zum Beispiel, um sich trotz niedriger Einkommen ein Eigenheim leisten zu können. Damit stützte der private Konsum zwar die wirtschaftliche Entwicklung. Doch das Leistungsbilanzdefizit wuchs, die Hauskreditblase platzte – die Finanz- und Wirtschaftskrise nahm ihren Lauf.

Die Deutschen hingegen verschuldeten sich nicht, um trotz stagnierender Einkommen ihren Lebensstandard zu halten. Im Gegenteil: Sie sparten einen größeren Teil ihres Einkommens. Diese typisch deutsche Reaktion ist auch dem typisch deutschen institutionellen Rahmen geschuldet, stellen die beiden Wissenschaftler fest:

- ▶ Deutsche Arbeitnehmer arbeiten vielfach in hoch spezialisierten Industriezweigen und verfügen über betriebsspezifisches Wissen. Beschäftigungsverhältnisse sind stabiler als in den USA. Wenn Arbeitsmarktreformen Entlassungen erleichtern und zugleich die Ungleichheit steigt, befürchten Arbeitnehmer, dass sie im Falle eines Jobverlusts aufgrund ihrer Spezialisierung nur schwer anderweitig unterkommen und Einkommensverluste hinnehmen müssen. Die Konsequenz: Sie sparen.
- ▶ Weitere Reformen des Sozialstaats, wie die Teilprivatisierung der Altersrente, ließen die Beschäftigten ebenfalls mehr Geld auf die hohe Kante legen.
- ▶ Erschwerend kommen die relativ niedrige Erwerbsbe-

## Einkommen: Die untere Hälfte abgehängt

Das reale verfügbare Jahreseinkommen in Deutschland änderte sich von 1999 bis 2009 um ...



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

nötige Alternativen: Eine stärkere Binnennachfrage in der Bundesrepublik würde dabei helfen, in Europa und der Welt die Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen zu verringern – und wäre damit ein wichtiger Beitrag zur Überwindung der Krise.

Dafür müsste Deutschland eines seiner Kernprobleme angehen: die rasant gewachsene Einkommensungleichheit. So lautet das Ergebnis einer Untersuchung von IMK-Forscher Till van Treeck und Simon Sturn von der University of Massachusetts in Amherst.\* Die beiden Ökonomen haben im Rahmen eines Forschungsprojektes der ILO die Effekte zunehmender Ungleichheit in verschiedenen Ländern analysiert, darunter auch in Deutschland. Sie werteten dazu eine Vielzahl wissenschaftlicher Quellen aus.

Bislang konzentrierte sich die Diskussion über Ungleichheit als eine der Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise vor allem auf die Vereinigten Staaten und die Schwellenländer, allen voran China, erläutern Sturn und van Treeck. Doch zu den Kernproblemen der Eurozone, deren Krise von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ausgelöst wurde, zählte auch die wachsende Ungleichheit der Einkommen im größten Mitgliedsland Deutschland.

Seit der Jahrtausendwende sind die Löhne deutscher Arbeitnehmer kaum gestiegen, die Schere zwischen großen und kleinen Einkommen hat sich immer weiter geöffnet.